

Dem Fachkräftemangel entgegenwirken

Auszug aus dem Bericht zur technologischen Leistungsfähigkeit Deutschlands 2007

Die Diskussion und die Befunde haben gezeigt, dass es bereits heute in einigen Branchen für die Unternehmen zu Rationierungen von bestimmten fachlichen Qualifikationen kommt, da sie ihren diesbezüglichen Einstellungsbedarf nicht decken können. Wenn der Wachstumsprozess, wie gegenwärtig erwartet, noch einige Zeit anhält, dann werden noch erheblich mehr Unternehmen als bisher die Grenzen ihrer Kapazitäten im Hinblick auf hoch qualifizierte Fachkräfte erreichen. Es ist durchaus wahrscheinlich, dass bereits in näherer Zukunft für ein erheblich breiteres Qualifikationsspektrum als bisher mit erheblichen Engpässen gerechnet werden muss, wenn die Politik nicht entschlossen gesteuert. Die Politik kann es sich nicht leisten, auf die reale Gefahr eines massiven Unterangebots an akademischen Fachkräften nicht zu reagieren. Hierbei ist die teilweise erhebliche Wirkungsdauer von Maßnahmen zu bedenken, die auf eine Veränderung der Partizipation an der höheren Bildung abzielen.

Da die Entwicklung der Absolventenzahlen kurzfristig nicht dem Einfluss politischer Aktivitäten unterliegt, muss zur Minderung aktuell virulenter Engpässe auf Möglichkeiten außerhalb des Bildungssystems abgestellt werden. Die Möglichkeiten für die Unternehmen, auch ausländische Fachkräfte beschäftigen zu können, sollten sich deutlich verbessern. Dies erscheint zumindest für akademische IT-Fachkräfte und für Ingenieure aus den Bereichen Verfahrenstechnik, Elektrotechnik und Maschinenbau unausweichlich, wenn deutliche Entwicklungsbeschränkungen in einigen Bereichen vermieden werden sollen.

Dies kann auf zwei Wegen geschehen. Zum einen sollte versucht werden, einen deutlich größeren Anteil der Bildungsausländer, die an deutschen Hochschulen einen Abschluss machen, in Deutschland zu beschäftigen. Bisher verlassen 80 bis 95 Prozent der Ausländer Deutschland nach dem Abschluss bzw. müssen das Land verlassen, weil die Aufenthaltsgenehmigungen nach dem Studium auslaufen. Da dieser Personenkreis bereits eine nennenswerte Zeit in Deutschland gelebt und studiert hat, sind die Hürden für eine weitere Integration sicher nicht zu hoch. Gerade die Bildungsausländer studieren mit hohen Quoten technisch orientierte Fächer (im Absolventenjahrgang 2005 schloss mit rund 2.500 etwa ein Viertel der Bildungsausländer in Ingenieurwissenschaften ab, die meisten davon in Maschinenbau und Elektrotechnik), so dass auch hier das Profil gut passen würde. Zum anderen sollten die Hürden für eine qualifikationsorientierte Zuwanderung merklich gesenkt werden. Deutsche Unternehmen müssen die Möglichkeit haben, dringend benötigte Fachkräfte auf dem internationalen Arbeitsmarkt zu rekrutieren, da andernfalls zu befürchten ist, dass die betroffenen Unternehmensfunktionen den Weg zu den Fachkräften suchen. Die Fachrichtungen, für die das möglich sein sollte, dürfen nicht zu eng gewählt werden. Die Mindestverdienstgrenze darf nicht zu hoch sein, da es sich nicht nur um Engpässe für wenige spezifische Höchstqualifizierte handelt, sondern hier durchaus eine Knappheit in der Breite zu verzeichnen ist.

In einer mittleren zeitlichen Perspektive sind Maßnahmen, die an den Hochschulen ansetzen, durchaus Erfolg versprechend. Hier ist zunächst an die hohen Abbrecherquoten zu denken, die gerade in den hier besonders wichtigen Fachrichtungen überdurchschnittlich sind. Ein Absinken der Abbrecherquoten beispielsweise um ein Drittel, würde pro Absolventenjahrgang rund 7.000 bis 8.000 zusätzliche Absolventen in den ingenieur- und naturwissenschaftlichen Disziplinen zur Folge haben. Da keine Abstriche an der Qualität der Ausbildung erfolgen dürfen, sind die Hochschulen in der Pflicht, durch entsprechende Verbesserung der Lehre, durch bessere Betreuungsrelationen und durch gezielte individuelle Unterstützung das Leistungspotenzial der Studenten besser zu nutzen. Es ist keine Frage, dass hierfür mehr Mittel in der Lehre einzusetzen sind. Ob diese den Hochschulen zusätzlich zufließen sollten (durch zusätzliche öffentliche Finanzierung, durch Studiengebühren oder durch Kooperationen mit Unternehmen) oder durch effizientere Strukturen Spielräume in den Hochschulen selbst

geschaffen werden können, kann hier nicht bewertet werden. Klar sollte aber sein: Die akademische Lehre muss ein höheres Gewicht als gegenwärtig bekommen.

Ebenfalls mittelfristige Wirkung kann erzielt werden, wenn es gelingt, dass ein höherer Anteil der Studienberechtigten tatsächlich die Studienoption wahrnimmt und ein Studium beginnt. Hier besteht eine Verbindung zu den bereits erörterten Maßnahmen. Eine merkliche Verbesserung der Studienbedingungen, die ohne Qualitätseinbußen zu merklich besseren Erfolgsaussichten führt, würde zu einer nennenswerten Attraktivitätssteigerung eines Studiums führen. In diesem Zusammenhang müssen auch die gegenwärtigen Zugangswege zu einem Hochschulstudium überdacht werden. Eine Ursache für die unbefriedigenden Anfängerzahlen ist in den hochschulspezifischen Zugangsbeschränkungen zu sehen, die als lokaler Numerus Clausus oder als spezifischer Zugangstest nicht selten im Wesentlichen dazu dienen, die Studentenzahlen begrenzt zu halten. Dieses Motiv, aus Sicht der einzelnen Hochschule verständlich und nachvollziehbar, ist aus gesamtwirtschaftlicher Sicht inakzeptabel und die daraus resultierende Wirkung – da das für jede einzelne Hochschule gilt – ein gesamtwirtschaftliches Problem. Die akademische Ausbildung sollte nicht von den Hochschulen als eher zweitrangiges Ziel neben der wichtigeren Forschung angesehen werden, sondern ihren Platz gleichrangig behaupten. Die Überlegungen, die auf eine exzellente Forschung zielenden Maßnahmen der Exzellenzinitiative durch einen entsprechenden Schub für die Lehre zu ergänzen, gehen in die richtige Richtung. Die im Rahmen des sogenannten Hochschulpakts vorgesehenen Mittel scheinen aber nicht ausreichend. Hier sind gerade auch die nach der Föderalismusreform zuständigen Länder in der Pflicht, ihren diesbezüglichen gesamtgesellschaftlichen Verpflichtungen nachzukommen. Zu begrüßen sind ebenfalls die Überlegungen zur Installierung von „Lehrprofessuren“. Durch sie kann die Gleichrangigkeit von Lehre und Forschung gefestigt werden.

Langfristig sollte ein deutlich höherer Anteil der Schülerinnen und Schüler als bisher einen ein Studium ermöglichenden Abschluss erreichen. Dazu ist allerdings ein grundlegender Wandel des deutschen Bildungssystems nötig, das seine bisherige Bildungsphilosophie der Auslese zu einer fördernden wandeln müsste. Das Ziel der schulischen Bildung darf nicht weiterhin im Wesentlichen darin bestehen die „Geeigneten“ zu identifizieren und der nächsten Bildungsstufe zuzuführen. Das Ziel sollte vielmehr in der größtmöglichen individuellen Förderung bestehen, um das Bildungspotenzial maximal auszuschöpfen. Hierfür muss bereits vor der Grundschule angesetzt werden; die Bildung auf allen Stufen muss ein höheres Gewicht bekommen. Die für diese Bildungsinvestitionen nötigen Mittel müssen, im Zweifelsfall auf Kosten konsumtiver Staatsausgaben, bereitgestellt werden. Da die Bildungsausgaben, bezogen auf das BIP in Deutschland, nicht nennenswert kleiner sind als in vergleichbaren anderen Ländern, die Erfolge des Bildungssystems – hier gemessen am Anteil der Schüler, die durch die Schulen für eine höhere Bildung qualifiziert werden – aber kleiner sind als in anderen Ländern (die Studienberechtigtenquoten liegen langfristig und stabil am unteren Ende im Ländervergleich), kann eine erhebliche Ineffizienz im schulischen Bildungssystem vermutet werden, da nicht davon auszugehen ist, dass die Schüler in Deutschland systematisch weniger begabt sind als in anderen Ländern.

Sowohl hinsichtlich des Hochschulsystems als auch im Hinblick auf das Schulsystem kann nicht ausgeschlossen werden, dass eine wichtige Ursache für Ineffizienzen in der dezentralen föderalen Zuständigkeit liegt. Da die kollektive Einigung auf bestimmte Ziele (das gilt für Qualität, aber auch für Quantitäten) und erst recht die kooperative Verwirklichung dieser Ziele, wie die Erfahrung der jüngeren Vergangenheit zeigt, kaum oder nur mit Abstrichen möglich ist, werden nötige nationale Bildungsziele nur halbherzig angegangen. Einzelne Länder (oder zumindest ihre Finanzminister) haben immer einen Anreiz, eine „Free Rider“-Position einzunehmen: Möglichst alle anderen Länder sollten in die Schul- und Hochschulbildung investieren, nur das eigene Land nicht. Das investiert besser in die Förderung und Ansiedlung von attraktiven Unternehmen, dann kommen die Hochschulabsolventen nach Beendigung ihres Studiums zu den Jobs dieser Unternehmen und finanzieren mit ihrer Steuerkraft die weiteren Investitionen in die Unternehmen. Das ist für jedes einzelne Land richtig. Aus einem solchen Dilemma, das zwangsläufig zu einer gesamtstaatlichen Unterversorgung mit Bildung führen muss, könnte ein Bildungsfinanzausgleich einen Ausweg weisen, da durch einen solchen kooperatives Verhalten nicht bestraft wird.

Nach: Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF), Referat Öffentlichkeitsarbeit (Hrsg.): Bericht zur technologischen Leistungsfähigkeit Deutschlands 2007, S. 158-159

Der vollständige Text kann von der folgenden Internetseite abgerufen werden:

http://www.bmbf.de/pub/tlf_2007.pdf

Bitte berücksichtigen Sie, dass ältere Links evtl. keine Verbindung mehr zu den angegebenen Seiten herstellen.

